

Antrag 60/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Starke Unterstützung für Mütter: Nachtrennungsgewalt bekämpfen – Beratungsangebote in Berlin gezielt ausbauen**

1. Das Land Berlin richtet die Umsetzung des Gewalt-
hilfegesetzes konsequent an den Vorgaben der Istanbul-
Konvention und den CEDAW-Empfehlungen (General Re-
commendations Nr. 19 und Nr. 35) aus.

5

2. Beratungsangebote gegen häusliche und geschlechts-
spezifische Gewalt in Berlin werden so weiterentwickelt,
dass Nachtrennungsgewalt (z. B. wirtschaftliche Gewalt,
Stalking, Missbrauch von Sorge- und Umgangsrecht) als
eigener Schwerpunkt erfasst und bekämpft wird.

11

3. Fachberatungsstellen werden beauftragt und befähigt,
zielgruppenspezifische Angebote für Mütter bereitzustel-
len, darunter:

- mobile und digitale Zugänge zur Beratung,
- Schutz- und Unterstützungsangebote mit kinder-
freundlichen Strukturen,
- Kooperation mit Familienzentren, Kitas und be-
stehenden Netzwerken,
- Fort- und Weiterbildungen für Fachkräfte, die
ideologiefrei, diskriminierungssensibel und wissen-
schaftlich evidenzbasiert gestaltet sind.

23

4. Im Rahmen der nach § 8 Gewalthilfegesetz vorge-
sehenen Bedarfserhebung wird der spezifische Bedarf
von Müttern und von Nachtrennungsgewalt betroffenen
Frauen gesondert erfasst und in die Entwicklungspläne in-
tegriert.

29

5. Die Finanzierung soll vorrangig aus den vorgesehenen
Bundesmitteln nach dem Gewalthilfegesetz erfolgen; be-
stehende Landesstrukturen sind ergänzend zu nutzen.

33

34

Begründung

Mit dem Gewalthilfegesetz hat der Bund einen histori-
schen Schritt getan: Ab 2032 besteht ein Rechtsanspruch
auf Schutz und Beratung für Betroffene geschlechtsspe-
zifischer und häuslicher Gewalt. Bereits jetzt müssen die
Länder die Weichen für eine wirksame Umsetzung stellen.
Besonders Mütter sind in Trennungssituationen häufig
von Nachtrennungsgewalt betroffen – sei es durch psychi-
sche, ökonomische oder rechtlich-instrumentalisierte Ge-
waltformen. Diese Gewalt gefährdet nicht nur die Frauen
selbst, sondern auch ihre Kinder.

Die Istanbul-Konvention verpflichtet Bund und Länder,
auch Gewalt nach Auflösung einer Beziehung zu bekämp-
fen. Zudem fordert die CEDAW-Konvention ausdrücklich

1. Die Mitglieder im Abgeordnetenhaus werden aufgefor-
dert, sich für die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes kon-
sequent an den Vorgaben der Istanbul-Konvention und
den CEDAW-Empfehlungen (General Recommendations
Nr. 19 und Nr. 35) **auszurichten.**

2. Beratungsangebote gegen häusliche und geschlechts-
spezifische Gewalt in Berlin werden so weiterentwickelt,
dass Nachtrennungsgewalt (z. B. wirtschaftliche Gewalt,
Stalking, Missbrauch von Sorge- und Umgangsrecht) als
eigener Schwerpunkt erfasst und bekämpft wird.

3. Fachberatungsstellen werden beauftragt und befähigt,
zielgruppenspezifische Angebote für Mütter bereitzustel-
len, darunter:

- mobile und digitale Zugänge zur Beratung,
- Schutz- und Unterstützungsangebote mit kinder-
freundlichen Strukturen,
- Kooperation mit Familienzentren, Kitas und be-
stehenden Netzwerken,
- Fort- und Weiterbildungen für Fachkräfte, die
ideologiefrei, diskriminierungssensibel und wissen-
schaftlich evidenzbasiert gestaltet sind.

4. Im Rahmen der nach § 8 Gewalthilfegesetz vorge-
sehenen Bedarfserhebung wird der spezifische Bedarf
von Müttern und von Nachtrennungsgewalt betroffenen
Frauen gesondert erfasst und in die Entwicklungspläne in-
tegriert.

5. Die Finanzierung soll vorrangig aus den vorgesehenen
Bundesmitteln nach dem Gewalthilfegesetz erfolgen; be-
stehende Landesstrukturen sind ergänzend zu nutzen.

49 den Schutz von Frauen vor allen Formen geschlechtsspe-
50 zifischer Gewalt und die Bereitstellung zugänglicher Un-
51 terstützungsangebote.

52 Um Berlin zu einer Vorreiterin bei der Umsetzung des
53 Gewalthilfegesetzes zu machen, müssen die vorhande-
54 nen Beratungsstrukturen jetzt so weiterentwickelt wer-
55 den, dass sie auch digitale Zugänge, kinderfreundliche An-
56 gebote und klare Fokussierung auf Nachtrennungsgewalt
57 bieten. Dabei sind Fortbildungen für Fachkräfte von zen-
58 traler Bedeutung. Sie müssen ideologiefrei, diskriminie-
59 rungssensibel und evidenzbasiert sein, um die Qualität
60 und Neutralität der Beratung sicherzustellen.

61 Dies kann weitgehend kostenneutral erfolgen, da die Fi-
62 nanzierung aus Bundesmitteln vorgesehen ist und be-
63 stehende Strukturen genutzt werden können. Die Finan-
64 zierung soll vorrangig aus den vorgesehenen Bundesmit-
65 teln nach dem Gewalthilfegesetz erfolgen; bestehende
66 Landesstrukturen sind ergänzend zu nutzen.

67